



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

CCMI/144
Marktwirtschaftsstatus für
China

Brüssel, den 14. Juli 2016

Stellungnahme

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
zum Thema

**Auswirkungen der möglichen Gewährung des Marktwirtschaftsstatus an China auf
Schlüsselindustrien (und auf Beschäftigung und Wachstum) (im Hinblick auf
Handelsschutzinstrumente)**
(Initiativstellungnahme)

Berichterstatter: **Herr Barceló Delgado**

Ko-Berichterstatter: **Herr Kreuzer**

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss beschloss am 21. Januar 2016 gemäß Artikel 29 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung, eine Initiativstellungnahme zu folgendem Thema zu erarbeiten:

Auswirkungen der möglichen Gewährung des Marktwirtschaftsstatus für China auf Schlüsselindustrien (und auf Beschäftigung und Wachstum) (im Hinblick auf Handelsschutzinstrumente)
(Initiativstellungnahme).

Die mit den Vorarbeiten beauftragte Beratende Kommission für den industriellen Wandel (CCMI) nahm ihre Stellungnahme am 22. Juni 2016 an.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner 518. Plenartagung am 13./14. Juli 2016 (Sitzung vom 14. Juli) mit 194 Stimmen bei 4 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen folgende Stellungnahme:

*

* *

1. **Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

- 1.1 Es könnte kaum akzeptiert werden, dass China unter marktwirtschaftlichen Bedingungen tätig ist, da es vier der fünf Kriterien, die gemäß der gängigen Praxis der Kommission im Einklang mit der Grundverordnung (Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 des Rates) angelegt werden, nicht erfüllt.
- 1.2 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) stellt fest, dass – ungeachtet der unterschiedlichen Zahlen der verschiedenen Quellen – Hunderttausende von Arbeitsplätzen (eine nicht hinnehmbare Zahl) verlorengehen werden, wenn die Instrumente zur Gewährleistung eines freien und fairen Handels mit China nicht mehr zur Verfügung stehen.
- 1.3 Da die Verluste in bestimmten Branchen – beispielsweise Aluminium, Fahrräder, Keramik, Elektroden, Ferrolegierungen, Glas, Papier, Solarpaneele, Stahl und Reifen – und Regionen konzentriert auftreten würden, werden weitergehende branchen- und gebietsspezifische Studien empfohlen.
- 1.4 Hauptbetroffene sind die Hersteller und Verbraucher von Halbfertigprodukten; für die privaten Verbraucher wird die Verringerung der Antidumpingmaßnahmen infolge dessen wahrscheinlich nicht von Vorteil sein.
- 1.5 Industriezweige, in denen Produkte verwendet werden, die Gegenstand von Dumping sind, würden kurzfristig von subventionierten Importen profitieren. Mittelfristig könnte ihnen jedoch ebenfalls Gefahr drohen, da China auch nachgelagerte Wertschöpfungsbranchen

fördert. Die schlechte Bilanz Chinas im Bereich der gewerblichen Schutzrechte stellt in diesem Sinne ebenfalls eine Gefahr dar.

- 1.6 Industriebearbeitungsplätze können, wenn sie erst einmal verloren gegangen sind, nur selten zurückgeholt werden. Wenn es den betroffenen Arbeitnehmern gelingt, eine neue Arbeit zu finden, müssen sie in der Regel niedrigere Löhne auf Arbeitsplätzen akzeptieren, für die ihre Qualifikationen nicht wertgeschätzt werden. Eine solche Entwicklung, bei der hochwertige Industriebearbeitungsplätze durch schlecht bezahlte, unsichere Arbeitsplätze ersetzt werden, birgt auch die Gefahr zunehmender Ungleichheiten in unserer Gesellschaft in sich.
- 1.7 Der EWSA ist deshalb der Auffassung, dass eine Gewährung des Marktwirtschaftsstatus für China die Industriestruktur in der EU und die Beschäftigung in der verarbeitenden Industrie ernsthaft gefährden würde. Sie würde die Möglichkeit beeinträchtigen, eine Neubelebung der europäischen Industrie herbeizuführen und dabei auf hochwertige und dauerhafte Beschäftigung und die Einführung und Verbreitung von technologischen Innovationen und FuE zu setzen – beides Haupttriebkraft für die Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung des wirtschaftlichen und sozialen Systems in Europa.
- 1.8 Vor diesem Hintergrund würde die Gewährung des Marktwirtschaftsstatus für China industrielle Cluster und lokale Produktionssysteme von KMU, deren Erzeugnisse durch unlautere Wettbewerbspraktiken Chinas bedroht sind, in ihrer Existenz gefährden. Dadurch droht ein Verlust spezialisierter Produktionskapazitäten in KMU und von Arbeitsplätzen für hochspezialisierte Facharbeiter, die das Rückgrat der europäischen verarbeitenden Industrie bilden.
- 1.9 Der EWSA appelliert an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Rat, einen fairen internationalen Wettbewerb zu fördern, um diese Arbeitsplätze wie auch die gesellschaftlichen Werte Europas aktiv zu schützen und Einkommen und Wohlstand in der Europäischen Union anzukurbeln.
- 1.10 Der Schutz dieser Arbeitsplätze und der damit verbundenen Investitionen in der EU sind nicht nur wirtschaftlich sinnvoll, sondern auch für die soziale und ökologische Nachhaltigkeit förderlich. Die Verlagerung der Produktion von höchst ressourcenschonenden und energieeffizienten europäischen Produktionsstätten in die kohlebasierte chinesische Wirtschaft würde unsere ehrgeizigen Ziele in Bezug auf Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung zunichtemachen. Auch die Einhaltung der Arbeitnehmer- und Menschenrechte bleibt in China weiterhin problematisch.
- 1.11 Die Schutzmaßnahmen müssen im Einklang mit dem EU-Recht und den internationalen Verträgen stehen. Im Rahmen dieser Maßnahmen sollten außerdem die Einhaltung von Abkommen durch Dritte durchgesetzt und die Verhandlungen mit wichtigen Handelspartnern wie beispielsweise den USA berücksichtigt werden. Wirksame handelspolitische Schutzinstrumente (TDI) gewährleisten einen fairen Wettbewerb. Sie sind notwendig, um die

Zukunft der europäischen Industrie zu sichern und das Ziel zu unterstützen, den Anteil der Industrie am BIP in der EU auf 20 % anzuheben.

- 1.12 Solange China die fünf EU-Kriterien für die Einstufung als Marktwirtschaft nicht erfüllt, sollte die Kommission bei Antidumping- und Antisubventionsuntersuchungen in Bezug auf Einfuhren aus China eine nicht standardmäßige Methode gemäß dem auch weiterhin gültigen Teil der Bestimmungen von Abschnitt 15 des Protokolls über den Beitritt Chinas zur WTO anwenden.
- 1.13 Die Erhaltung der Industrien in der EU bildet die Grundlage für prosperierende FuE-Netzwerke, die wiederum für künftiges Wachstum und die Lösung unserer "großen gesellschaftlichen Herausforderungen" (Bevölkerungsalterung, Energie, Klima, Gesundheitsversorgung und Mobilität) unverzichtbar sind.
- 1.14 Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) verfügen nicht über die notwendigen Ressourcen, um Antidumpingverfahren anzustrengen oder mit der Kommission bei deren Ermittlungen voll zusammenzuarbeiten. Der EWSA fordert ein vereinfachtes Verfahren für diejenigen Branchen, in denen die Beteiligung der KMU wichtig ist.
- 1.15 Angesichts der strategischen Bedeutung dieses Themas ist diese Stellungnahme erst der Anfang des Engagements des EWSA. Der EWSA plant ein kontinuierliches Engagement und empfiehlt, ein EWSA-Projekt „Marktwirtschaftsstatus für China“ aufzulegen, damit der Ausschuss diese Angelegenheit vonseiten der Zivilgesellschaft verfolgen kann. Für diese Aufgabe sollten angemessene Ressourcen zugewiesen werden.

2. **Einleitung**

- 2.1 Nach den WTO-Regeln kann ein Land – zusätzlich zu den Zöllen – für Produkte aus Drittländern Antidumpingzölle verhängen, wenn eine Untersuchung zeigt, dass diese Produkte zu niedrigeren Preisen als den Inlandspreisen in das betreffende Land eingeführt werden und dadurch die lokale Wirtschaft schädigen. Als China im Dezember 2001 der WTO beitrug, wurde durch eine Übergangsregelung die Möglichkeit geschaffen, China in Antidumpingverfahren als Land ohne Marktwirtschaft (NME) zu behandeln, wenn chinesische Unternehmen nicht nachweisen können, dass sie nach marktwirtschaftlichen Prinzipien tätig sind. Aufgrund von Chinas derzeitigem NME-Status können bei der Berechnung der Dumpingspanne statt der (in NME durch staatliche Intervention künstlich niedrig gehaltenen) Inlandspreise die Preise eines Vergleichslands zugrunde gelegt werden. Die Anwendung der NME-Methodik ist in Abschnitt 15 des Protokolls über den Beitritt Chinas zur WTO beschrieben, aber die Bestimmung 15(a)(ii) wird im Dezember 2016 auslaufen. Mit dem Auslaufen dieser Bestimmung wird die Kommission gezwungen sein, die Methodik für die Entscheidung über die Vergleichbarkeit der Preise bei Antidumpingverfahren zu ändern.

2.2 Der EWSA konzentriert sich in dieser Stellungnahme auf die Auswirkungen der möglichen Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus für China sowie der Änderung der TDI-Methodik auf die Wirtschaft und Beschäftigung in der EU, und zwar unabhängig von der rechtlichen Diskussion, da dieses Thema seiner Meinung nach für die EU-Wirtschaft und die damit verbundenen Arbeitsplätze äußerst wichtig ist.

2.3 Das Europäische Parlament hat mit großer Mehrheit eine EntschlieÙung angenommen, in der die Anwendung einer von der Standardmethode abweichenden Methode gefordert wird, die im Einklang mit dem Protokoll über den WTO-Beitritt Chinas steht und zugleich die Schaffung eines wirksamen Rahmens für freien und fairen Handel ermöglicht.

3. **Allgemeine Bemerkungen**

3.1 Wirtschaftliche Entwicklungen

3.2 China hat in den letzten 15 Jahren ein noch nie da gewesenes Wachstum verzeichnet, das die globale industrielle und handelspolitische Landschaft verändert hat. Das chinesische Wachstumsmodell basiert auf der Investitionstätigkeit, die 2015 laut IWF 46 % seines BIP ausmachte. Diese Zahl liegt über dem Anteil der Investitionen in anderen entwickelten Volkswirtschaften wie beispielsweise der EU (19 %) und den USA (20 %).

3.3 Umfang und Geschwindigkeit des Wandels wurden weitgehend staatlich gelenkt. Der EWSA stellt fest, dass China keine Marktwirtschaft im Einklang mit der EU-Definition ist und außerhalb der Institution in dieser Frage grundsätzlich Einigkeit herrscht. Laut Bericht der Weltbank hat der Staat über staatliche Verwaltungs- und Preiskontrollen, Bürgschaften, Kreditrichtlinien, allgegenwärtige Eigentumsrechte an Finanzinstituten¹ sowie ordnungspolitische Maßnahmen extensiv und direkt in die Verteilung der Ressourcen eingegriffen.

3.4 Es gibt unzählige Beispiele für Auswüchse in der Entwicklung Chinas. Zwischen 2011 und 2013 hat das Land 6,6 Mrd. t Zement verbraucht, mehr als die USA im gesamten 20. Jahrhundert (4,4 Mrd. t). Das bedeutet, dass China in drei Jahren so viel Zement verbraucht hat, wie notwendig war, um die USA über ein Jahrhundert hinweg aufzubauen. Von der ineffizienten Nutzung von Ressourcen abgesehen wurden auch enorme Industriekapazitäten geschaffen, um in sehr kurzer Zeit eine solche Materialmenge bereitzustellen.

3.5 China hat inzwischen begonnen, sein Modell auf ein stärker konsum- und dienstleistungsorientiertes Wachstum umzustellen. Die Wirtschaft steht vor einem Abschwung, was bedeutet, dass ein erheblicher Teil der Produktion der chinesischen Schwerindustrie in China keine Abnehmer finden wird.

¹ Weltbank, China Economic Update, Juni 2015.

- 3.6 Wie die Europäische Handelskammer in China berichtet, sind bereits erhebliche Überkapazitäten bei Rohstahl, Aluminium, Zement, Chemikalien, Schiffbau, Raffination, Flachglas, Papier und Pappe festzustellen. Die chinesische Regierung räumt dies ein und hat beschlossen, die Rohstahlkapazitäten bis 2020 um 100 Mio. auf 150 Mio. Tonnen² zu verringern und die Kohleproduktion über den gleichen Zeitraum um 500 Mio. Tonnen zu senken³.
- 3.7 Trotz dieser Absichtsbekundungen wird die Verringerung der Gesamtkapazitäten eine langfristige Aufgabe sein. Die in den letzten zehn Jahren geschlossenen Fabriken wurden durch moderne, produktivere ersetzt, wodurch das Problem nur noch größer geworden ist. Die Nachfrage der privaten Haushalte nach Halbfertigprodukten kann die industrielle Nachfrage niemals ersetzen.
- 3.8 Für die EU war die Lösung dieses Problems in den 1980er und 1990er Jahren ein langwieriger und schwieriger Prozess, und auch für China gibt es keine schnelle Lösung.
- 3.9 Überkapazitäten kombiniert mit einer schwachen Binnennachfrage führen zu einem Produktionsüberschuss, der dann auf die internationalen Märkte drängt.
- 3.10 Daten zu den chinesischen Exporten
- 3.10.1 Laut WTO ist China mit einem Anteil von 18 % weltweit der größte Exporteur von Industrieerzeugnissen. Dieser Anteil hat seit 2010 um 20 % zugenommen. Im Lauf des Jahres 2014 sind die chinesischen Exporte um 6 % gestiegen, die der restlichen Welt hingegen nur um 3,5 %. Wenn man den Zeitraum 2010-2014 betrachtet, war der Anstieg mit 49 % für China doppelt so hoch wie für den Rest der Welt.
- 3.10.2 Nach den Daten von Chinas staatlichem Statistikamt war 2014 das stärkste Wachstum bei folgenden Produkten zu verzeichnen: Zink und Zinklegierungen (+2 360 %), Baumwolle (+100 %), Koks (+82 %), Dioden und andere Halbleiter (+61 %) und Walzstahl (+50 %). Seit 2010 hat sich das Exportvolumen bei Baumwolle, Walzstahl und Dioden und anderen Halbleitern verdoppelt, bei Koks, Zink und Zinklegierungen sogar verdreifacht.
- 3.10.3 Dieser Aufwärtstrend bei den Exporten wird in den nächsten Jahren voraussichtlich anhalten, da für China eine schrumpfende Binnennachfrage prognostiziert wird. Falls die handelspolitischen Schutzinstrumente (TDI) Europas erheblich schwächer sind als die unserer Handelspartner, könnten die derzeitigen Exporte, die aus China in die NAFTA-Länder oder nach Japan gehen, in die EU umgelenkt werden.

² [Curb to be placed on metal overcapacity](#), English.gov.cn, Februar 2016.

³ [Coal capacity guideline issued](#), English.gov.cn, Februar 2016.

- 3.10.4 Dieses vom Export angetriebene Wachstumsmodell hat zu einem hohen Defizit von 137 Mrd. EUR (48,8 Mrd. EUR im Jahr 2000) in der Warenhandelsbilanz der EU geführt, die Importe der EU aus China sind doppelt so hoch wie ihre Exporte nach China.
- 3.10.5 Vor diesem Hintergrund hat China die Initiative „One Belt, One Road“ (OBOR – neue Seidenstraße) mit dem Ziel auf den Weg gebracht, die Verkehrsinfrastruktur (Schiene, Straße, Seeweg) des euro-asiatischen Raums zu verbessern, um vor allem seinen Unternehmen den Zugang zu den an der Initiative beteiligten euro-asiatischen Märkten zu Nichtwettbewerbsbedingungen zu eröffnen und diese als Absatzmärkte für die Sektoren mit Überproduktion zu nutzen. Die Gewährung des Marktwirtschaftsstatus würde eine erhebliche Gefahr für europäischen Unternehmen der an der OBOR-Initiative beteiligten EU-Mitgliedstaaten darstellen.
- 3.11 Fakten zu Dumpingpraktiken
- 3.11.1 Dieser drastische Anstieg der chinesischen Exporte wurde zum Teil mit unfairen Praktiken bewerkstelligt, wie die zahlreichen nach den WTO-Regeln eingeleiteten Dumpingverfahren belegen.
- 3.11.2 China ist das am stärksten von Antidumpingmaßnahmen betroffene Land. 34 % der Handelsschutzuntersuchungen wurden gegen China durchgeführt, 667 Maßnahmen wurden verhängt. Allein 2015 waren 76 Antidumpingmaßnahmen gegen China in Kraft bzw. eingeleitet.
- 3.11.3 67 % der gegen China verhängten Antidumpingmaßnahmen betrafen Wirtschaftszweige wie Textilien und Bekleidungsartikel, Glas und Keramik, Grundmetalle, Kunststoffe, Maschinen und elektrische Geräte sowie petrochemische Erzeugnisse. Im letzten Jahr galten 79 % der gegen China verhängten Maßnahmen diesen Wirtschaftszweigen.
- 3.11.4 Obwohl die EU mit 15,8 % des Gesamtvolumens einer der aktivsten Teilnehmer am Welthandel ist, wurden gegen sie nur 133 Antidumpingmaßnahmen verhängt. Dies entspricht 7 % der weltweiten Fälle. China hingegen ist Ziel von 47 % dieser Maßnahmen und wurde allein 2015 in drei Fällen mit Sanktionen belegt.

4. **Besondere Bemerkungen zu Arbeitsplatzverlusten in Europa**

- 4.1 Unmittelbar betroffene Wirtschaftszweige
- 4.1.1 Theoretisch hätte der Marktwirtschaftsstatus für China negative Auswirkungen auf den Wohlstand in der EU. Die Liberalisierung des Handels ist für die EU von entscheidender Bedeutung. Sie hat positive Netzwerkeffekte, obwohl es natürlich immer Branchen gibt, denen es dadurch schlechter geht.

- 4.1.2 Der EWSA macht darauf aufmerksam, dass es in diesem Fall nicht um einen Verhandlungsprozess geht, bei dem auf beiden Seiten Schranken abgebaut werden. China würde im Gegenzug keine Zugeständnisse machen, während die EU einseitig ihre Möglichkeiten verringern würde, die durch die unfaire staatliche Unterstützung der zentralen und lokalen Regierungsebene in China verursachte Wettbewerbsverzerrung auszugleichen.
- 4.1.3 Der EWSA stellt fest, dass bereits Industriearbeitsplätze ins Ausland verlagert wurden. Zwischen 2000 und 2014 haben die europäischen Industrien 6,7 Mio. Beschäftigte verloren, das sind 12 % von ursprünglich 56,3 Millionen. Das Importvolumen (Index) ist über den gleichen Zeitraum um 144 % gestiegen. Untersuchungen in den USA (deren Industriesektor kleiner ist als der der EU) haben gezeigt, dass zwischen 1999 und 2011 infolge der steigenden Importdurchdringung mit chinesischen Produkten rund 985 000 Arbeitsplätze in der Industrie verloren gegangen sind⁴.
- 4.1.4 Nicht nur in den Grundindustrien, sondern auch in innovativen Industrien sind Arbeitsplatzverluste aufgetreten. Die einstmals marktführende europäische Mobiltelefonbranche ist vom Markt verschwunden. In einem für unsere Zukunft lebenswichtigen Wirtschaftszweig wie Fotovoltaikpaneele haben zwischen 2010 und 2012 34 Hersteller Insolvenz angemeldet, zwei sind aus dem Solargeschäft ausgestiegen, fünf haben die Produktion ganz oder teilweise eingestellt und drei wurden von chinesischen Investoren übernommen⁵.
- 4.1.5 Besonders gefährdet sind diejenigen Sektoren, die für Chinas Fünfjahrespläne von strategischer Bedeutung sind: Aluminium, Fahrräder, Keramik, Glas, Kfz-Teile, Papier und Stahl.
- 4.1.6 Mehrere Institutionen haben Folgenabschätzungen durchgeführt. Die Europäische Kommission hat eine Studie in Auftrag gegeben, die jedoch nicht veröffentlicht wurde, weshalb der EWSA den Standpunkt der Kommission zu dieser drängenden Frage nicht analysieren kann.
- 4.1.7 Das Economic Policy Institute schätzt die Zahl der in der EU gefährdeten Arbeitsplätze auf 1,7 bis 3,5 Millionen. Diese Schätzung basiert auf einem Input-Output-Modell, bei dem die direkten Verluste (von einem Importanstieg direkt betroffene Industriezweige), die indirekten Verluste (Zuliefer- und Verarbeitungsindustrien für die direkt betroffenen Industriezweige) und Einbrüche bei der Wiederverausgabung (aufgrund verringerter Einkommen und Ausgaben der privaten Haushalte) einfließen. Das Hauptmanko dieser Studie ist, dass die Auswirkungen eines jeden chinesischen Imports berücksichtigt werden, selbst in denjenigen Sektoren, die in keinster Weise betroffen sind.

4 [For balanced trade EU - China](#), (nur auf Englisch verfügbar), S&D-Fraktion, März 2016.

5 [Fair competition](#), EuProSun.

- 4.1.8 Berücksichtigt man lediglich die mit Antidumpingmaßnahmen belegten Industriezweige, so liegen die direkten und indirekten Arbeitsplatzverluste zwischen 0,5 und 0,9 Millionen. Laut dem Bericht beträgt die direkte Beschäftigung in den durch einen Anstieg von Dumpingimporten gefährdeten Industriezweigen insgesamt 2,7 Millionen Arbeitsplätze.
- 4.1.9 Der Wiederverausgabungseffekt allein für diese Industriezweige wird in der Studie nicht errechnet. Die Studie zeigt allerdings, dass die gefährdeten Arbeitsplätze in den von Antidumpingmaßnahmen betroffenen Industriezweigen 60 % der Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie entsprechen. Wendet man das gleiche Verhältnis auf die indirekten Verluste und die Wiederverausgabungseffekte an, könnten die Arbeitsplatzverluste zwischen 1,1 und 2,1 Millionen liegen.
- 4.1.10 Ein zweiter Bericht gibt drei Studien wieder, die von drei Stahlherstellerverbänden aus den NAFTA-Ländern (Nordamerikanische Freihandelszone) in Auftrag gegeben wurden und sich mit den voraussichtlichen wirtschaftlichen Auswirkungen der Gewährung des Marktwirtschaftsstatus für China auf ihre Länder befassten. Für den Fall, dass alle drei NAFTA-Länder China den Marktwirtschaftsstatus zuerkennen, wird in diesem Bericht der volkswirtschaftliche Schaden aufgrund der rückläufigen Nachfrage nach Arbeitskräften zwischen 15 Mrd. und 32 Mrd. USD beziffert, der Großteil davon in den USA. Dies entspricht einem Rückgang der Arbeitsplätze um schätzungsweise 0,4 bis 0,6 Millionen.
- 4.1.11 Beide Studien basieren auf allgemeinen makroökonomischen Gleichgewichtsmodellen. Würden Studien dieser Art jedoch gesondert für Wirtschaftsräume wie die EU oder die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) durchgeführt, würde die einseitige Gewährung des Marktwirtschaftsstatus für China nach Auffassung des EWSA mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit direkte Wohlstandsverluste in der Größenordnung von mindestens Hunderttausenden verlorengangener Arbeitsplätze zur Folge haben. Die Zahl derjenigen, die sich eine neue Einkommensquelle suchen müssten, läge aber wahrscheinlich näher an der einen Million.
- 4.1.12 Der EWSA weist auf mehrere Aspekte hin, die bei der Bewertung der Wahrscheinlichkeit des Eintretens derartiger Verluste relevant sind:
- Dumpingimporte treten nicht nur bei Produkten auf, für die gegenwärtig Antidumpingmaßnahmen in Kraft sind. Weitere Maßnahmen werden gegenwärtig von der Europäischen Kommission bzw. von den Herstellern geprüft. Es gibt auch Wechselwirkungen zwischen den Produkten: Sobald eine Antidumpingmaßnahme verhängt wird, werden die betroffenen Exporteure ihre Exporttätigkeit wahrscheinlich auf nicht darunter fallende Produkte umstellen.
 - Niedrige Preise aufgrund gedumpter Importe haben Auswirkungen auf andere Produkte der gleichen Branche.

- Einmal verloren gegangene Fertigungskapazitäten können niemals wiederhergestellt werden, da auch das gesamte wirtschaftliche Umfeld des betreffenden Industriezweigs verloren geht.

4.1.13 In geografischer Hinsicht bekräftigt der EWSA, dass die Arbeitsplätze, die vermutlich verloren gehen, nicht über alle Gebiete gleichmäßig verteilt sind. Die Konzentration der Arbeitsplatzverluste auf bestimmte Gebiete könnte an den betroffenen Standorten zu einer kritischen Situation führen, auch wenn andere Regionen in der Union nicht stark getroffen werden. In den am stärksten betroffenen Ländern könnte die Zahl der Erwerbstätigen um bis zu 2,7 % zurückgehen.

4.1.14 Diese Arbeitsplätze sind vielfach in großen Industrieanlagen mit starker Bindung zum wirtschaftlichen und industriellen Gefüge angesiedelt. In jüngster Zeit waren erhebliche Verluste in Sektoren wie beispielsweise dem Stahlsektor zu beobachten, wo mehrere Tausend Arbeitsplätze von einem Unternehmen abhängen, was dramatische soziale Auswirkungen auf die betroffenen Standorte hatte.

4.1.15 Der EWSA hebt auch die Qualität industrieller Arbeitsplätze hervor: Arbeitsplätze in der Verarbeitungsindustrie sind im Schnitt sicherer und besser bezahlt als in anderen Wirtschaftszweigen. Die Europäische Kommission wies 2014⁶ darauf hin, dass das Monatseinkommen von Arbeitnehmern in der Fertigungsindustrie um 5 % über dem allgemeinen EU-Durchschnitt liegt. In den USA sind die Wochenlöhne in der Fertigungsindustrie um 8 % höher als in anderen Branchen. Diese höheren Einkommen sind das Ergebnis einer höheren Produktivität.

4.1.16 Die Industrie bietet hochwertige Arbeitsplätze für qualifizierte und gering qualifizierte Arbeitnehmer, für die es extrem schwierig wäre, alternative Arbeitsplätze mit den gleichen Arbeitsbedingungen zu finden. Dadurch trägt der Niedergang der Industrie zu Ungleichheiten in unserer Gesellschaft bei.

4.1.17 Laut den Eurofound-Erhebungen zu den Arbeitsbedingungen ist Teilzeitarbeit in der Fertigungsindustrie (12 %) weit weniger verbreitet als im EU28-Durchschnitt (24 %). Auch hat die Fertigungsindustrie tendenziell regelmäßige Arbeitszeiten, und atypische Arbeitszeiten sind erheblich seltener als in der EU-Wirtschaft insgesamt⁷.

4.1.18 Es sollte auch darauf geachtet werden, Schaden für das Wissensumfeld zu vermeiden: Der verarbeitende Sektor hat bei weitem den größten FuE-Bedarf, und der Trend geht zunehmend dahin, FuE-Leistungen von innovationsorientierten Dienstleistungsunternehmen zu beschaffen⁸. Laut einer Studie des ECSIP-Konsortiums erreicht der durchschnittliche

⁶ [Europäische Erhebungen über die Arbeitsbedingungen](#).

⁷ [ECSIP \(Europäisches Konsortium für Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltige Industriepolitik\)](#), 2014.

⁸ [Generaldirektion Externe Politikbereiche, EP](#), 2016.

Dienstleistungsanteil bei den in der EU gefertigten Waren fast 40 % des Gesamtwerts der gefertigten Endprodukte. Bei diesen Dienstleistungen handelt es sich größtenteils um Vertriebsdienstleistungen (15 %), Transport und Kommunikation (8 %) sowie Unternehmensdienstleistungen, die in den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten zwischen unter 10 % und bis zu 20 % und darüber liegen. Zur letzteren Kategorie gehören auch Dienstleistungen wie FuE, Werbung und Marktforschung, Ingenieurleistungen und IKT-Dienstleistungen.

- 4.1.19 Der EWSA hat bereits in Stellungnahmen darauf hingewiesen, dass wegen der mangelnden Einhaltung der Vorschriften durch bestimmte Länder auf höhere Regulierungsstandards für geistiges Eigentum hingewirkt werden muss. Bei der Konzipierung der EU-Handelspolitik sollte dies nicht vergessen werden.
- 4.2 Nicht unmittelbar von TDI betroffene Wirtschaftszweige:
- 4.2.1 Bei einer Bewertung der Auswirkungen, die es hätte, wenn China einseitig der Marktwirtschaftsstatus gewährt würde, müssen auch die potenziellen Vorteile in anderen Wirtschaftszweigen berücksichtigt werden, insbesondere die Vorteile für die Verbraucher von Produkten, bei denen China eine starke Produktionstätigkeit vorweisen kann bzw. plant.
- 4.2.2 Die bislang betroffenen Industriezweige sind in vielen Fällen die Hersteller von Halbfertigprodukten, d. h. von Waren, die zu Endprodukten weiterverarbeitet bzw. zusammengebaut werden.
- 4.2.3 Die weltweite Industrieproduktion hat noch nicht wieder den gleichen Stand wie vor der Finanzkrise erreicht. Es gibt daher Unmengen überschüssiger Industriekapazitäten, und die Kunden chinesischer Produkte, für die Antidumpingmaßnahmen in Kraft sind, könnten ihren Bedarf ohne nennenswerte Einbußen an Wettbewerbsfähigkeit in anderen Drittländern decken.
- 4.2.4 Wenn man zulässt, dass China seinen Marktanteil mit unfairen Methoden ausbauen und sich einen oligopolistischen Vorteil verschaffen kann, wird es dies zweifelsohne später ausnutzen, um die Preise wieder anzuheben, wobei die Abnehmerbranchen in der EU die Leidtragenden wären. China verhält sich schon jetzt so, um seine heimischen Industrien zu fördern. Dem Europäischen Parlament⁹ liegen Beweise für Maßnahmen zur Beschränkung des Handels mit natürlichen Ressourcen vor, die möglicherweise gegen die WTO-Regeln verstoßen. 2009 hat China seinen Entwicklungsplan für seltene Erden 2009-2015 aufgestellt, in dem die Exportquoten auf 35 000 t pro Jahr festgelegt wurden. Im darauffolgenden Jahr haben sich die Preise für seltene Erden aus China verdreifacht. Ein weiteres Beispiel ist der Elektronikmarkt, wo China den Export von Teilen stärker besteuert als den von Endprodukten, um so die lokale Montage von Geräten zu schützen.

⁹ Generaldirektion Externe Politikbereiche, EP, 2015.

- 4.2.5 Diese Beispiele zeigen, dass die chinesische Politik Industrien mit einer höheren Wertschöpfung begünstigt. Ohne die Möglichkeit, Antidumpingverfahren anzustrengen, würden Branchen wie beispielsweise die Geräte- oder Automobilherstellung früher oder später ebenfalls unlauterem Wettbewerb ausgesetzt sein. China ist außerdem für seine Verstöße gegen die Rechte des geistigen Eigentums bekannt, sodass noch nicht einmal Patente viel nützen würden, um innovative Industrien in der EU zu erhalten.
- 4.2.6 Auf lange Sicht würde die Gewährung des Marktwirtschaftsstatus für China durch die negativen Auswirkungen auf die Innovation auch der gesamten industriellen Wertschöpfungskette schaden. In der EU ist man weithin der Überzeugung, dass Innovation für unsere Gesellschaften die einzige Möglichkeit ist, um sich gegen rein kostenorientierte Wettbewerber zu behaupten. Innovation wird aber nicht mehr isoliert in Einzellaboratorien entwickelt. Hingegen wurde in einer KPMG-Studie festgestellt, dass 85 % der Befragten aus der weltweiten Metallindustrie die Zukunft der Innovation für ihre Organisationen in Partnerschaften sehen. Mehr als 75 % gaben an, sich bereits in stärker auf Zusammenarbeit ausgelegten Geschäftsmodellen mit Zulieferern und Kunden engagiert zu haben. Es ist daher nicht vorstellbar, dass innovative Industrien in Zukunft außerhalb der Wissensnetzwerke existieren werden.
- 4.3 Einkommen in der EU
- 4.3.1 Langfristig und unabhängig von der Entwicklung einzelner Branchen wird der Wohlstand in der EU nur über eine solide Entwicklung des verfügbaren Einkommens nachhaltig wachsen können. Die derzeitigen politischen Maßnahmen der Kommission zur Förderung von Beschäftigung und Investitionen tragen dieser Tatsache Rechnung und sollten bei Entscheidungen zur Bewältigung dieses Problems berücksichtigt werden.

Brüssel, den 14. Juli 2016

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und
Sozialausschusses

Georges DASSIS
